Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 205. **Dienstag, 2. September 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Völkerbundstagung.

)(Genf. Die Eröffnung der Völkerbundsversammlung hatte in diesem Jahre einen unverkennbar feierlicheren Charakter als in den Vorjahren. Ihr wohnten zwar nur vierundvierzig Abordnungen von vierundfünfzig Mitgliedsstaaten bei, unter diesen jedoch zahlreiche frühere leitende Staatsminister und nicht weniger als sechzehn amtierende Ministerpräsidenten und Außenminister. Viele der seit Jahren vertrauten Erscheinungen fehlen dieses Mal, so vor allem Lord Robert Cecil. Dagegen lenkte der markante Charakterkopf Nansens, des Führers der norwegischen Delegation, des Grafen Apponyi mit seinem weißen Bart, der silberweiße Kopf von Lord Parmoor, die drei Mitglieder der italienischen Delegation, der ehemalige Ministerpräsident Salandra, die ehemaligen Außenminister Scialoja und Schanzer die Aufmerksamkeit der Tribünenbesucher auf sich. Das Hauptinteresse wandte sich der französischen Delegation zu, auf deren Bank neben dem greisen Léon Bourgeois der frühere französische Ministerpräsident Aristide Briand, der frühere Minister Loucheur und der Deputierte Paul Boncour saßen. Sie folgten mit sichtbarem Interesse den Ausführungen Hymans. Die Außenminister der Kleinen Entente, darunter Benesch, waren ebenfalls vollzählig erschienen. Auf den Tribünen bemerkte man bekannte Journalisten und Schriftsteller aus allen Ländern, u. a. ist der englische Schriftsteller Wells und der Franzose Rolland eingetroffen.

)(Genf. Nach Entgegennahme des Berichts der Mandatsprüfungskommission wählte die Völkerbundsversammlung in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung den Führer der schweizerischen Delegation, Bundesrat Motta, zum Versammlungspräsidenten mit 45 von 47 Stimmen. Während des Wahlaktes hatten als Beisitzer die früheren Versammlungspräsidenten Torriente-Cuba und Karnebeek-Holland auf dem Podium des Präsidiums Platz genommen. Das Ergebnis der Wahl wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Nachdem Hymans die Wahl Mottas mit herzlichen Worten auch als eine Ehrung für die Schweiz bezeichnet hatte, bestieg Motta unter erneutem starken Beifall die Präsidententribüne. Bei der Ansprache, die wiederholt von Beifallssalven unterbrochen wurde, dankte er zunächst Hymans als Vertreter eines heldenhaften und edlen Volkes für die Ausübung seines vorläufigen Präsidiums und sprach im Namen der ganzen Schweiz den Dank für die Ehre aus, die dem Lande durch seine Wahl zuteil geworden sei. Er legte ein Bekenntnis der Treue und des Glaubens an die Zukunft des Völkerbundes ab, das ja auch durch die Entwickelung der Ereignisse gerechtfertigt sei, wenn man die Ungewißheit, die über den früheren Völkerbundsversammlungen schwebte, und die hoffnungsvolle Atmosphäre, die diese Versammlung umgebe, vergleiche. Mit großer Genugtuung stellte er fest, daß das Problem der Reparationsfrage nunmehr einer Lösung nahegekommen und geklärt worden sei. Das Werk des Völkerbundes habe in großem Maße dazu beigetragen, den Friedenswillen zu stärken und die Wege für technische und praktische Lösungen zu zeigen. Ferner begrüßte Motta mit großer Bewegung den Aufschwung, den infolge der Londoner Konferenz der Schiedsgedanke genommen habe. Von diesem Gedanken, so erklärte er, hänge das Schicksal des Rechtsfriedens ab. In der Teilnahme so zahlreicher Regierungsmitglieder an der diesjährigen Völkerbundsversammlung erblicke er eine Anerkennung und ein Wachsen des Prestiges des Völkerbundes, das selbst in den Ländern, die dem Völkerbundsgedanken ablehnend gegenüberständen, eine erhöhte Anziehungskraft ausübe. Motta schloß mit den Worten: „Unsere Kinder und Kindeskinder werden eines Tages die Segnungen des Völkerbundes verspüren, der als Mittelpunkt der internationalen Zusammenarbeit, sobald er einmal universell geworden ist, in dem Glanze seiner Tätigkeit erstrahlen kann."

Nach der Wahl des Präsidenten setzte die Versammlung wie alljährlich wieder sechs Hauptausschüsse ein, auf die der Verhandlungsstoff verteilt wurde: 1. Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen, 2. Ausschuß für technische Organisation, 3. Rüstungsbeschränkungen, 4. Haushaltungs- und Finanzfragen, 5. soziale und humanitäre Fragen, 6. politische Fragen. Daneben wurde wieder ein Ausschuß für die Prüfung der Tagesordnung gebildet. Von den sechs Ausschüssen wird jeder seinen Präsidenten wählen, die gleichzeitig Vizepräsidenten der Versammlung sind, die außerdem noch in freier Wahl sechs Vizepräsidenten erwählt.

Die Delegation der Saarbevölkerung in Genf eingetroffen.

)(Genf. Ein Teil der Delegation, die von der Saarbevölkerung zur Wahrung ihrer Interessen nach Genf entsandt wurde, ist hier eingetroffen. Der Delegation gehören an: Levacher, Scheuer und Dr. Jordan von der Zentrumspartei, Schäfer und Hoffmann von den Sozialdemokraten, Vopelius und Röchling von der deutschsaarländischen Volkspartei. Die Mitglieder der Delegation gehören fast alle dem Landesrat an, dessen Vorsitzender Scheuer sich in ihrer Mitte befindet, und sind zum Teil Vorsitzende ihrer Partei. Sie werden in Genf bleiben, bis die wichtigen vom Rate zu behandelnden saarländischen Fragen erledigt sind, nämlich die Frage der französischen Besetzungstruppen, die Sprache im Schulunterricht, Zoll- und andere Wirtschaftsfragen sowie die Ernennung eines neuen Mitgliedes der Regierungskommission anstelle des verstorbenen Spaniers Espinosa de los Monteros. Am Dienstag, den 2. September, treffen sämtliche vier Mitglieder der Regierungskommission, begleitet von ihrem französischen Generalsekretär Morize, hier ein.

Die Reichsregierung zu den Genfer Verhandlungen.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nimmt die Reichsregierung an den Verhandlungen des Völkerbundes über die Sicherungsfrage und die Frage von Garantieverträgen ein lebhaftes Interesse. Man beabsichtigt, evtl. aus der bisher geübten Reserve herauszutreten und eigene Vorschläge zu machen. Besonderes Interesse wird nach der Ansicht der Regierungskreise der Vorschlag Macdonalds in dieser Frage verdienen, den er in Genf unterbreiten wird, von dem aber nähere Einzelheiten bisher nicht bekannt geworden sind. Nach Informationen von unterrichteter Seite hat die englische Regierung in ihren Plänen die Absicht einer Internationalisierung des Rheinlandes nunmehr völlig fallen gelassen und wird sich mit Verträgen allgemeinerer Art und einer zeitweisen Kontrolle der deutschen Abrüstung durch den Völkerbund begnügen. Die Reichsregierung wird voraussichtlich, falls in dieser Frage, wie zu erwarten steht, an sie herangetreten wird, auf die Vorschläge zurückgreifen, die bereits der Reichskanzler Cuno seinerzeit der französischen Regierung gemacht hat. Ein enges Zusammengehen Englands und Deutschlands in dieser Frage wird für wahrscheinlich gehalten.

Die Uebergabe der Regiebahnen an die deutsche Verwaltung.

)(Elberfeld. Die Pressestelle der Eisenbahndirektion teilt mit: **Die Liquidation der Regie** wird nach den in London getroffenen Vereinbarungen wie folgt vor sich gehen:

1. Auf die zweite Feststellung hin **(7. Oktober 1924)** wird die Kommission für alle Reichsbahnen auf die im Sachverständigenplan vorgesehene neue deutsche Reichsbahngesellschaft übertragen. Von diesem Zeitpunkt ab wird **der Betrieb aller jetzt von der deutschen Reichsbahn betriebenen Strecken auf diese Gesellschaft übergehen.**

2. 14 Tage später **(22. Oktober 1924)** werden die jetzt von der Regie betriebenen Strecken für Rechnung der Gesellschaft unter dem Eisenbahnorganisationskomitee betrieben werden. Dieses wird sich mit der Regie in Verbindung setzen, um die Einzelheiten der Uebergabe zu regeln. Die tatsächliche Uebergabe der Regie an die deutsche Gesellschaft wird unter Aufsicht des Organisationskomitees Schritt für Schritt vorgenommen, so schnell als dies mit einer ordnungsgemäßen Uebergabe vereinbar ist. Sie soll binnen sechs Wochen beendet sein **(7. Dezember 1924)**, wobei das Organisationskomitee berechtigt ist für die Regelung von Einzelfällen Fristverlängerung zuzugestehen.

3. Das Organisationskomitee wird die Regie und die deutsche Reichsbahnverwaltung auffordern, je einen Vertreter zu bestimmen, die die Uebergabe unter Aufsicht des Organisationskomitees vornehmen sollen. Die deutsche Verwaltung hat seit langer Zeit alle Vorbereitungen getroffen und ist in der Lage, die Regiebahnen in eigenen Betrieb zu übernehmen. Diese wird alles daran setzen, die Uebergabe möglichst zu beschleunigen.

Die Vertagung der innenpolitischen Verhandlungen.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Parteien und der Reichsregierung über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind vorläufig bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages vertagt worden. Der Reichstag wird infolge der sozialdemokratischen Obstruktion wahrscheinlich schon in der letzten Septemberwoche zusammenberufen werden. Die Mittelparteien werden ihre Stellung zur Bürgerblockbildung wahrscheinlich davon abhängig machen, wie sich die Sozialdemokratie im weiteren Verlaufe der Verhandlungen zur Zollvorlage stellen wird. Bei einem großen Teil der Demokraten besteht die Neigung, gegen die Zollvorlage ebenfalls mit allen Mitteln vorzugehen. Die Parteileitung äußert jedoch Bedenken dagegen, weil sie sich sagt, daß auf diesem Wege das Zentrum und die Deutsche Volkspartei zu einem umso engeren Anschluß an die Deutschnationalen bewogen werden. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß bei harten Kämpfen um die Zollvorlage die Mittelparteien schließlich auf die deutschnationale Unterstützung zurückgreifen und alsdann auch einer engeren Zusammenarbeit geneigt sein werden.

Ein Kampf um die Botschafterposten in London und Washington.

Berlin. Die Meldungen, wonach der Botschafter in London, **Dr. Sthamer**, demnächst von seinem Amt zurücktreten sollte, sind nach Mitteilungen von zuständiger Seite unzutreffend. Man erfährt, daß im Gegenteil die Stellung des Botschafters im Verlaufe der Londoner Konferenz sich gefestigt habe und die Hoffnungen der zahlreichen Anwärter auf diesen Posten dürften sich vorläufig nicht erfüllen. Was die Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Washington anbetrifft, so wird der jetzige Botschafter **Wiedfeld** bekanntlich Ende September nach Deutschland zurückkehren. Ueber seine Nachfolgerschaft wird zur Zeit von der Reichsregierung noch verhandelt, und zwar in erster Linie mit dem früheren Reichskanzler **Cuno**. Diese Verhandlungen dürften sicherlich zum Ziel führen. Der Botschafter in Tokio, **Dr. Solf**, der nach Deutschland gekommen war, um sich um den Washingtoner Botschafterposten zu bewerben, ist unverrichteter Sache wieder zurückgefahren und hat keine Aussicht auf die Nachfolge Wiedfelds.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Paris. (Funkspruch.) Matin schreibt zu der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, wenn der Generalagent für die Reparationszahlungen in Berlin eintreffe, so werde er auf seinem Konto die **Summe von 20 Millionen Goldmark**, die erste deutsche Zahlung, verbucht finden, die gestern, das heißt am Tage der ersten Feststellung, geleistet werden mußte. Am 10. September werden die Deutschen **eine zweite Zahlung** von 20 Millionen Goldmark und dann am 20. September **eine dritte** leisten, womit der vorgesehene Monatsbetrag beglichen sein wird. Von französischer Seite seien an den Agenten für die Reparationszahlungen, und zwar von der ersten Feststellung an, zukünftig nach Maßgabe der deutschen Gesetzgebung und der deutschen Tarife, Abgaben, sowie der Reingewinn der französisch-belgischen Regie, abgesehen von einer monatlichen Rückstellung von 2 Millionen Goldmark, zur Deckung der Erhebungskosten in der Uebergangsperiode (1. Sept. 1924) bis zur zweiten Feststellung, das heißt bis 5. Oktbr. 1924, abzuführen. Da Owen Young die späteren Zahlungen festzusetzen habe, sei seine Anwesenheit in Berlin sofort erforderlich.

Zur Zeichnung der deutschen Anleihe.

)(London. Die Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung, wonach die **deutsche Anleihe gleichzeitig** in Newyork, London und auf dem Festlande mit Einschluß Deutschlands **am 15. Oktober zur Zeichnung aufgelegt** werden soll. Die Anleihe wird mit 8 Prozent verzinst werden. Amerika wird die Hälfte der gesamten Summe aufbringen, England zwei Fünftel und das Festland ein Zehntel. Es herrscht kein Zweifel über den Erfolg der Anleihe, die in London von der Bank von England aufgelegt werden wird.

Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Anleihe.

* Berlin. Der Reichsfinanzminister **Dr. Luther** empfing gestern **amerikanische Pressevertreter** und machte **bemerkenswerte Aeußerungen zur Anleihefrage.** Der Minister führte aus, daß der größte Teil der Anleihe in Amerika aufgelegt werde und der Zinsendienst über die Reparationskasse läuft und die Zinsen vom Generalagenten für die Reparationszahlungen geleistet werden. 8 Prozent sei ein außerordentlich hoher Zinssatz. Die Anleihe habe sehr viele Sicherungen hinter sich, mehr als wie eine Anleihe bisher überhaupt gehabt habe. Wenn die Wirtschaft wieder in Schwung komme, könnten auch Steuern gezahlt werden und das Reich habe mehr Einnahmen. Infolge der Sicherheit der Anleihe bestehe kein Zweifel an ihrer Durchführbarkeit. Der Generalagent für die Reparationszahlungen weilt gegenwärtig in Berlin und habe mit dem Reichsfinanzminister verhandelt. Heute, fuhr Dr. Luther fort, ist der erste Betrag der Vorschußzahlungen Deutschlands auf die Anleihe gezahlt worden und zwar in Höhe von 20 Millionen Mark. Die Zahlung erfolgte auf das Konto des Generalagenten bei der Reichsbank. Dies ist die erste Zahlung Deutschlands unter dem Dawesplan, jedoch **nur eine** Vorschußzahlung auf die Anleihe.

Kreditabkommen für die Industrie?

Berlin. Durch die Presse geht die Nachricht, daß in der vorigen Woche in Amsterdam zwischen amerikanischen Bankiers und deutschen Industriellen ein Kreditabkommen in Höhe von etwa einer halben Milliarde Goldmark abgeschlossen worden sei, unter der Bedingung, daß der Reichstag dem Sachverständigen-Gutachten eine Zustimmung geben würde. Das Abkommen könne nunmehr in Kraft treten. An maßgebender Stelle war eine Bestätigung dieser Meldung nicht zu erhalten, doch glaubt man dort, daß die genannte Summe sehr hoch sei.

Verhandlungen um die Rückgabe der Staatswaldungen.

)(Köln. Wie die „Kölnische Zeitung" aus Koblenz meldet, begannen dort zwecks **Durchführung des Londoner Abkommens** heute Dienstag vormittag **technische Verhandlungen** von Vertretern der Deutschen Regierung und der Regierungen der deutschen Länder, die von der Besetzung betroffen wurden, mit der Rheinlandkommission. Die Verhandlungen, die voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen werden, werden sich vor allem mit der **Rückgabe** der von der französischen und der belgischen Regierung im besetzten Gebiet beschlagnahmten **Staatswaldungen** befassen.

Dankeskundgebungen für die Reichsregierung.

)(Berlin. Nach Annahme der Gesetzentwürfe zum Sachverständigen-Gutachten im Reichstag ist beim Reichskanzler eine **große Anzahl von Telegrammen** eingegangen, in denen **der Reichsregierung der Dank für ihre zielbewußte und energische Politik ausgesprochen** wird, so u. a. vom Deutschen Industrie- und Handelstag, unterzeichnet von seinem Präsidenten von Mendelssohn, von Louis Hagen-Köln im Namen des Wirtschaftsausschusses der besetzten Gebiete, vom Preußischen Landgemeindeverband-West, von der Stadt Limburg an der Lahn, vom 4. Bergfest der Rheinischen Turnerschaft auf der Erpeler Ley in Erpel am Rhein, von der Stadt Freiburg i. Br., von der Stadtverwaltung München, von Minister von Brentano, z. Z. Starnberg, und anderen mehr.